



## Hinweisgeberschutz:

### Was gilt und was muss ich beachten?

Zum Zwecke der Umsetzung der europäischen Richtlinie **RL 2019/1937**, auch bekannt als *Hinweisgeberrichtlinie*, hat die Bundesregierung das Hinweisgeberschutzgesetz (**HinSchG**) beschlossen, welches am 2. Juli 2023 in Kraft trat.

### Was ist das Hinweisgeberschutzgesetz?

Das *Gesetz zum Schutz hinweisgebender Personen* dient zuallererst der Umsetzung der neuen EU-Whistleblower-Richtlinie.

#### Ziel des Gesetzes:

Die Verbesserung des Schutzes hinweisgebender Personen, sog. *Whistleblower* vor Vergeltungsmaßnahmen des Arbeitgebers, zudem werden einheitliche Standards für die Meldung von Rechtsverstößen geschaffen.

Hinweisgeber oder Whistleblower werden durch das Hinweisgeberschutzgesetz umfangreich geschützt, wenn sie im Zusammenhang ihrer beruflichen Tätigkeit oder im Vorfeld einer beruflichen Tätigkeit Informationen über mögliche Verstöße erlangt haben und diese an eine Meldestelle melden oder offenlegen. Durch Hinweise zu solchen Informationen können Missstände in Unternehmen und in der öffentlichen Verwaltung frühzeitig erkannt und beseitigt werden.

Hinweisgeber übernehmen durch ihre Meldungen Verantwortung und verdienen daher besonderen Schutz vor Benachteiligungen, die ihnen wegen ihrer Meldung drohen und sie davon abschrecken können!

### Für wen gilt das Hinweisgeberschutzgesetz?

Das Hinweisgeberschutzgesetz (ugs. Whistleblower-Gesetz) gilt für alle Arbeitgeber ab 50 Beschäftigten. Dabei kommt es nicht darauf an, ob diese Beschäftigten Voll- oder Teilzeit arbeiten.

Auch **öffentliche Arbeitgeber** müssen das Hinweisgeberschutzgesetz beachten und umsetzen. Dazu gehören etwa Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Unternehmen im Eigentum oder unter Kontrolle der öffentlichen Hand.

# Was kann ich melden?

Es kann eine Vielzahl von Verstößen zum Gegenstand einer Meldung werden.

Grundsätzlich sind alle Verstöße erfasst, die strafbewehrt sind und teilweise bußgeldbewehrte Verstöße, soweit die verletzte Vorschrift dem Schutz von Leben, Leib, Gesundheit oder dem Schutz der Rechte von Beschäftigten oder ihrer Vertretungsorgane dient. Außerdem können Verstöße gegen Vorschriften des Bundes und der Länder sowie gegen Rechtsakte der EU gemeldet werden.

## Beispiele:

- ➔ Informationen über Rechtsverstöße wie Betrug, Korruption, Umweltverschmutzung und Diskriminierung.
- ➔ Gefahren für die Öffentlichkeit, wie Produktrisiken oder Gesundheitsbedrohungen.
- ➔ Missstände am Arbeitsplatz, wie Mobbing, Diskriminierung, oder Verstöße gegen Arbeitsschutzrichtlinien.

Genauere Informationen finden sich hierzu in dem im Anhang beigefügten § 2 *HinSchG*.

Es gibt allerdings auch **Grenzen** für die Meldungen:

Es müssen begründete Verdachtsmomente oder Wissen über tatsächliche oder mögliche Verstöße, die bereits begangen wurden oder sehr wahrscheinlich erfolgen werden, sowie über Versuche der Verschleierung solcher Verstöße vorliegen

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig **falsche Informationen** über angebliche Verstöße meldet, wird durch das *HinSchG* nicht geschützt und muss mit ernststen Konsequenzen rechnen!

# Kann ich Hinweisgeber sein?

Der geschützte Personenkreis des *HinSchG* ist **weit gefasst** und umfasst alle Personen, die im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit Informationen über Verstöße erlangt haben.

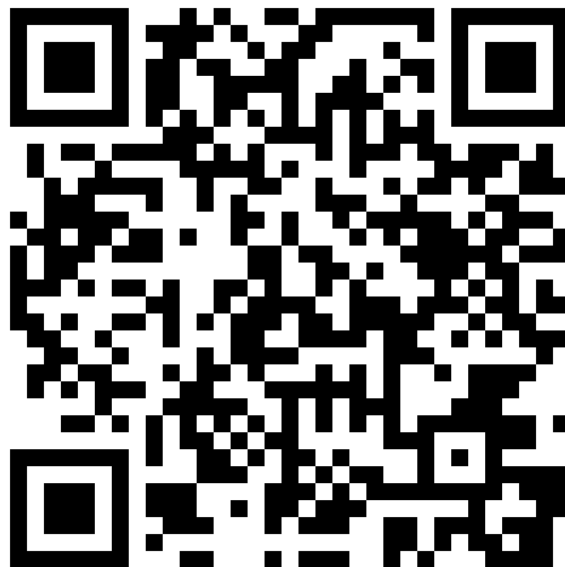
Damit sind neben **Arbeitnehmerinnen** und **Arbeitnehmern**, **Beamtinnen** und **Beamten** auch **Selbstständige**, **Anteilseignerinnen** und **Anteilseigner** oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von **Lieferanten** erfasst.

## Hinweis geben:

Meldungen von Verstößen können gegenüber der **internen Meldestelle** abgegeben werden.

Übermitteln Sie unter der von eingerichteten Meldestelle Hinweise unter

**<https://meldestelle-engen.iuscomm.de/>**



sicher und, falls gewünscht, anonym, Ihre Meldung des Vorfalls an unsere Kanzlei als beauftragte Meldestelle gem. § 14 Abs. 1 Hinweisgeberschutzgesetz.

Das von uns verwendete System sorgt technisch für den Schutz der von Ihnen übermittelten Meldung. Tragen auch Sie Ihren Teil dazu bei, die Sicherheit deiner Meldung weiter zu erhöhen und halten Sie sich - sofern möglich - an die nachfolgenden Regeln:

- Nutzen Sie nur Ihre eigenen IT-Systeme
- Falls Sie anonym melden möchten, verzichten Sie bitte auf die Angabe persönlicher Daten wie z. B. Ihren Namen, Ihre Abteilung oder andere Informationen, die ggf. Rückschlüsse auf Sie zulassen und kreuzen Sie bei der Meldung das Kästchen „anonym“ an.
- Achten Sie auf eine sichere Internetverbindung. Sie erkennen diese an dem Schloss-Symbol neben der Adresszeile.

Alternative Möglichkeiten

Gerne können Sie alternativ auch die folgenden Kontaktmöglichkeiten nutzen, um uns Ihren Hinweis zu übermitteln:

**Telefon: +49 711/ 25 35 939 - 0**

**Telefax: +49 711/ 25 35 939 - 27**

**E-Mail: [meldestelle@iuscomm.de](mailto:meldestelle@iuscomm.de)**

Bitte geben Sie hierbei alle relevanten Informationen (z.B: Name der Behörde/Abteilung, Beschreibung des Vorfalls, Betroffene Personen, ggf. Datum, etc.) an, die wir benötigen, um Ihren Hinweis zu bearbeiten.

Stand: März 2025

# **Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz - HinSchG),**

## **§ 2 Sachlicher Anwendungsbereich**

(1) Dieses Gesetz gilt für die Meldung (§ 3 Absatz 4) und die Offenlegung (§ 3 Absatz 5) von Informationen über

1.

Verstöße, die strafbewehrt sind,

2.

Verstöße, die bußgeldbewehrt sind, soweit die verletzte Vorschrift dem Schutz von Leben, Leib oder Gesundheit oder dem Schutz der Rechte von Beschäftigten oder ihrer Vertretungsorgane dient,

3.

sonstige Verstöße gegen Rechtsvorschriften des Bundes und der Länder sowie unmittelbar geltende Rechtsakte der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft

a)

zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, unter Einschluss insbesondere des Geldwäschegesetzes und der Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1781/2006 (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 1), die durch die Verordnung (EU) 2019/2175 (ABl. L 334 vom 27.12.2019, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

b)

mit Vorgaben zur Produktsicherheit und -konformität,

c)

mit Vorgaben zur Sicherheit im Straßenverkehr, die das Straßeninfrastruktursicherheitsmanagement, die Sicherheitsanforderungen in Straßentunneln sowie die Zulassung zum Beruf des Güterkraftverkehrsunternehmers oder des Personenkraftverkehrsunternehmers (Kraftomnibusunternehmen) betreffen,

d)

mit Vorgaben zur Gewährleistung der Eisenbahnbetriebssicherheit,

e)

mit Vorgaben zur Sicherheit im Seeverkehr betreffend Vorschriften der Europäischen Union für die Anerkennung von Schiffüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen, die Haftung und Versicherung des Beförderers bei der Beförderung von Reisenden auf See, die Zulassung von Schiffsausrüstung, die Seesicherheitsuntersuchung, die Seeleute-Ausbildung, die Registrierung von Personen auf Fahrgastschiffen in der Seeschifffahrt sowie Vorschriften und Verfahrensregeln der Europäischen Union für das sichere Be- und Entladen von Massengutschiffen,

f)

mit Vorgaben zur zivilen Luftverkehrssicherheit im Sinne der Abwehr von Gefahren für die betriebliche und technische Sicherheit und im Sinne der Flugsicherung,

g)

mit Vorgaben zur sicheren Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße, per Eisenbahn und per Binnenschiff,

h)

mit Vorgaben zum Umweltschutz,

i)

mit Vorgaben zum Strahlenschutz und zur kerntechnischen Sicherheit,

j)

zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und der Energieeffizienz,

k)

zur Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, zur ökologischen Produktion und zur Kennzeichnung von ökologischen Erzeugnissen, zum Schutz geografischer Angaben für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel einschließlich Wein, aromatisierter Weinerzeugnisse und Spirituosen sowie garantiert traditioneller Spezialitäten, zum Inverkehrbringen und Verwenden von Pflanzenschutzmitteln sowie zur Tiergesundheit und zum Tierschutz, soweit sie den Schutz von landwirtschaftlichen Nutztieren, den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung, die Haltung von Wildtieren in Zoos, den Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere sowie den Transport von Tieren und die damit zusammenhängenden Vorgänge betreffen,

l)

zu Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs, Human- und Tierarzneimittel, Medizinprodukte sowie die grenzüberschreitende Patientenversorgung,

m)

zur Herstellung, zur Aufmachung und zum Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen,

n)

zur Regelung der Verbraucherrechte und des Verbraucherschutzes im Zusammenhang mit Verträgen zwischen Unternehmen und Verbrauchern sowie zum Schutz von Verbrauchern im Bereich der Zahlungskonten und Finanzdienstleistungen, bei Preisangaben sowie vor unlauteren geschäftlichen Handlungen,

o)

zum Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation, zum Schutz der Vertraulichkeit der Kommunikation, zum Schutz personenbezogener Daten im Bereich der elektronischen Kommunikation, zum Schutz der Privatsphäre der Endeinrichtungen von Nutzern und von in diesen Endeinrichtungen gespeicherten Informationen, zum Schutz vor unzumutbaren Belästigungen durch Werbung mittels Telefonanrufen, automatischen Anrufmaschinen, Faxgeräten oder elektronischer Post sowie über die Rufnummernanzeige und -unterdrückung und zur Aufnahme in Teilnehmerverzeichnisse,

p)

zum Schutz personenbezogener Daten im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2; L 74 vom 4.3.2021, S. 35) gemäß deren Artikel 2,

q)

zur Sicherheit in der Informationstechnik im Sinne des § 2 Absatz 2 des BSI-Gesetzes von Anbietern digitaler Dienste im Sinne des § 2 Absatz 12 des BSI-Gesetzes,

r)

zur Regelung der Rechte von Aktionären von Aktiengesellschaften,

s)

zur Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse nach § 316a Satz 2 des Handelsgesetzbuchs,

t)

zur Rechnungslegung einschließlich der Buchführung von Unternehmen, die kapitalmarktorientiert im Sinne des § 264d des Handelsgesetzbuchs sind, von Kreditinstituten im Sinne des § 340 Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs, Finanzdienstleistungsinstituten im Sinne des § 340 Absatz 4 Satz 1 des Handelsgesetzbuchs, Wertpapierinstituten im Sinne des § 340 Absatz 4a Satz 1 des Handelsgesetzbuchs, Instituten im Sinne des § 340 Absatz 5 Satz 1 des Handelsgesetzbuchs, Versicherungsunternehmen im Sinne des § 341 Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs und Pensionsfonds im Sinne des § 341 Absatz 4 Satz 1 des Handelsgesetzbuchs,

4.

Verstöße gegen bundesrechtlich und einheitlich geltende Regelungen für Auftraggeber zum Verfahren der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen und zum Rechtsschutz in diesen Verfahren ab Erreichen der jeweils maßgeblichen EU-Schwellenwerte,

5.

Verstöße, die von § 4d Absatz 1 Satz 1 des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes erfasst sind, soweit sich nicht aus § 4 Absatz 1 Satz 1 etwas anderes ergibt,

6.

Verstöße gegen für Körperschaften und Personenhandelsgesellschaften geltende steuerliche Rechtsnormen,

7.

Verstöße in Form von Vereinbarungen, die darauf abzielen, sich in missbräuchlicher Weise einen steuerlichen Vorteil zu verschaffen, der dem Ziel oder dem Zweck des für Körperschaften und Personenhandelsgesellschaften geltenden Steuerrechts zuwiderläuft,

8.

Verstöße gegen die Artikel 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie Verstöße gegen die in § 81 Absatz 2 Nummer 1, 2 Buchstabe a und Nummer 5 sowie Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Rechtsvorschriften,

9.

Verstöße gegen Vorschriften der Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte) (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1),

10.

Äußerungen von Beamtinnen und Beamten, die einen Verstoß gegen die Pflicht zur Verfassungstreue darstellen.

(2) Dieses Gesetz gilt außerdem für die Meldung und Offenlegung von Informationen über

1.

Verstöße gegen den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union im Sinne des Artikels 325 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und

2.

Verstöße gegen Binnenmarktvorschriften im Sinne des Artikels 26 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, einschließlich über Absatz 1 Nummer 8 hinausgehender Vorschriften der Europäischen Union über Wettbewerb und staatliche Beihilfen.